

Arbeit der Justizfunktionäre in der Landwirtschaft allein nutzt nichts, wenn nicht zugleich die ländliche Bevölkerung über die Hemmnisse in der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft aufgeklärt wird.

Es ist auch nicht richtig, wenn eine Brigade der Obersten Staatsanwaltschaft längere Zeit im Hafen von Rostock arbeitet — selbst wenn sie dabei viele wertvolle Feststellungen trifft —, aber sich nur drei Tage mit der Arbeit der Bezirksstaatsanwaltschaft befaßt. Das ist kein richtiges Verhältnis.

Die operative Arbeit der Justizorgane ist zwar ein wichtiger Bestandteil der Justizarbeit, sie kann aber nicht von der Rechtsprechung getrennt werden. Die operative Arbeit der Obersten Staatsanwaltschaft hat

doch nicht den Sinn, die Arbeit anderer Organe zu übernehmen, sondern die Tätigkeit des Staatsanwalts in der Rechtsprechung und in der Allgemeinen Aufsicht zu verbessern.

Es gibt also noch eine ganze Reihe Fragen, auf die in den nächsten Wochen eine Antwort gegeben werden muß. Deshalb sollten auch diese Probleme in die Diskussion einbezogen werden. An dieser Diskussion sollten sich auch Rechtsanwälte und Rechtswissenschaftler beteiligen. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Vereinigung Demokratischer Juristen die Thesen zur Konzeption über die zukünftige Arbeit der Justizorgane und die damit zusammenhängenden Probleme auf die Tagesordnung setzte.

Weitere Verpflichtungen der Justizorgane zum Geburtstag unserer Republik

Der Verpflichtungsbewegung anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR schließen sich immer mehr Richter, Staatsanwälte, Staatliche Notare und Rechtsanwälte, Mitarbeiter des Ministeriums der Justiz, der Justizverwaltungsstellen und der Gerichte an. Auch sie kommen zum Geburtstag der Republik nicht mit leeren Händen. Aus den Bezirken Potsdam, Halle, Frankfurt (Oder), Schwerin, Neubrandenburg und Rostock gingen dem Ministerium der Justiz zahlreiche Kollektiv- und Einzelverpflichtungen zu. Alle diese Verpflichtungen sind Ausdruck dafür, daß die Mitarbeiter der Justizorgane dem Beispiel der Werktätigen folgen, die ihre Anerkennung und ihren Dank für die unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse in den zurückliegenden zehn Jahren des Bestehens unseres Arbeiter- und Bauern-Staates errungenen Erfolge durch gute Taten für unsere sozialistische Sache aussprechen.

Aus der Vielzahl der Verpflichtungen können auch diesmal nur einige wenige ausdrücklich Erwähnung finden. Die ersten Beispiele sollen die Bemühungen erkennen lassen, durch die Übernahme und die Erfüllung von Verpflichtungen auf dem Wege zum sozialistischen Gericht voranzuschreiten. Eine Reihe von Verpflichtungen bezieht sich auf die Mitarbeit von Richtern, Notaren und Sekretären in den Aktiven der ständigen Kommissionen der Volksvertretungen und auf die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen der Staatsmacht. Die unmittelbare Einbeziehung der Justizorgane in den Kampf um die Lösung der ökonomischen Aufgaben erfordert von jedem Justizfunktionär höhere Kenntnisse und ein besseres Verständnis der ökonomischen Fragen. Dem entsprechen die Verpflichtungen des Direktors des Bezirksgerichts Potsdam und der leitenden Justizfunktionäre der Bezirke Schwerin und Rostock, die ihre Kenntnisse auf dem Gebiet der politischen Ökonomie vertiefen wollen, um die Leitungstätigkeit den neuen Aufgaben entsprechend verbessern zu können. Die Justizdienststellen in Pritzwalk führen eine besondere Schulung durch, damit die verantwortlichen Mitarbeiter sich exakte Kenntnisse auf dem Gebiet der Landwirtschaft aneignen. Verschiedene Verpflichtungen gehen davon aus, daß ein sozialistisches Gericht keine Reste haben darf. Das Kreisgericht Ludwigslust, Senate des Bezirksgerichts Halle und andere verpflichteten sich daher, noch vorhandene Reste bis zum 10. Jahrestag zu beseitigen. Der 2. Strafsenat des Bezirksgerichts Halle hat z. B. in die Verpflichtung zur Restebeseitigung auch den Weg dazu, nämlich die Verbesserung der Arbeitsorganisation, mit einbezogen. Auch die technischen Kräfte dieses Senats haben sich Gedanken über die "Verbesserung ihrer Arbeitsorganisation gemacht. Wir sind der Auffassung, daß eine einheitliche Verpflichtung nicht nur die gemeinsamen Bemühungen zeigen, sondern auch den kollektiven Kampf gegen die Reste noch verstärken würde.

Die politisch-fachliche Qualifizierung der Kader ist Gegenstand einer Reihe weiterer Verpflichtungen. Einige Mitarbeiter des Ministeriums der Justiz wollen z. B. eine Fremdsprache erlernen. Die Instrukteure der Justizverwaltungsstelle des Bezirks Potsdam verpflichteten sich, an der Vertiefung der Erkenntnisse über die

den Justizorganen zukommenden Aufgaben bei der Lösung der ökonomischen Fragen auf den Gebieten der Industrie, des Bauwesens und der Landwirtschaft zu arbeiten und die Ergebnisse in Tagungen und in Publikationen auszuwerten.

Besonders zahlreich sind solche Verpflichtungen von Gerichtsvollziehern, Buchhaltern und anderen Mitarbeitern der Justizorgane, welche die Qualifizierung eines anderen Kollegen für das entsprechende Aufgabengebiet zum Inhalt haben. Wir meinen, daß das Zurückhalten der leitenden Justizfunktionäre bei der Übernahme solcher Verpflichtungen fehl am Platze ist. Die Bildung einer Kaderreserve gehört zu den vordringlichsten Aufgaben und fordert eine ständige Arbeit an der Heranbildung geeigneter Kader. Nicht unerwähnt dürfen die Verpflichtungen verschiedener Richter des Bezirksgerichts Halle bleiben, in Betrieben an der Entwicklung von Brigaden der sozialistischen Arbeit mitzuhelfen.

Es gibt auch eine Anzahl guter Beispiele dafür, daß die mittleren Kader bei den Gerichten mit ihren Verpflichtungen in die justizpolitischen Aufgaben einbezogen werden.

Um die Schiedsmänner in ihren erweiterten Aufgaben zu unterstützen, hat sich z. B. der Sekretär des Kreisgerichts Grevesmühlen zur Anleitung der Schiedsmänner verpflichtet. Er führt Aussprachen mit ihnen und nimmt an Sühneverhandlungen teil.

In Erfüllung der Haushaltspläne bemühen sich die Gerichte, in allen Fällen die Vorschußpflicht zu beachten und die bevorzugte Beitreibung von Gerichtskostenforderungen durch die Gerichtsvollzieher vorzunehmen.

Die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande zu fördern, ist eine Aufgabe, die sich eine Anzahl Gerichte und Staatlicher Notariate in den Bezirken Schwerin und Rostock u. a. gestellt haben. Sie sehen ihre Hilfe darin, die Statuten sowie die Stall- und Wirtschaftsordnung bei den einzelnen LPG zu erläutern und auszuarbeiten. Darüber hinaus werden sie helfen, die innergenossenschaftliche Demokratie zu entwickeln und durch körperliche Arbeit, die Rentabilität der Genossenschaften zu erhöhen. —

Weiterhin sind uns Verpflichtungen zugegangen, die eine Unterstützung der örtlichen Bauprogramme oder eine Verschönerung von Aufenthaltsräumen, von Plätzen und Anlagen vor und innerhalb der Gerichtsgebäude zum Inhalt haben.

Unsere sozialistische Jugenderziehung erhält Unterstützung z. B. durch die Richter der Kreisgerichte Greifswald und Stralsund, die sich für die Werbung zur Jugendweihe einsetzen und den Schülern Vorträge halten werden. Ihre Mitarbeit im Elternbeirat soll insbesondere dazu dienen, die sozialistische Jugenderziehung zu fördern.

Bei dem Abschluß von Grundstücksverträgen, die im Zusammenhang mit dem Hafenbau in Rostock stehen, werden die Mitarbeiter des Staatlichen Notariats durch Überzeugungsarbeit für eine beschleunigte Erledigung eintreten.